

LN
vom 27.10.12

Strompreis steigt um fast zehn Prozent je Kilowattstunde

Neustadt: Dirk Cremer (BGN) will bedürftige Personen entlasten. Finanziert werden soll dies aus dem Gewinn der Stadtwerke. Die CDU hält den Vorschlag für nicht praktikabel.

Von Sebastian Rosenkötter

Neustadt – Der Strompreis wird zum 1. Januar 2013 erhöht. Dies haben Neustadts Stadtverordnete am Donnerstagabend beschlossen. Die Stadtwerke werden den Preis pro Kilowattstunde Strom um netto 2,11 Cent erhöhen. Somit kostet eine Kilowattstunde in Zukunft 22,64 Cent. Bei einem Jahresverbrauch eines durchschnittlichen Drei-Personen-Haushaltes sind das brutto rund 88 Euro mehr pro Jahr.

Die Erhöhung führte Günther Struck, Vorsitzender des Stadtwerkausschusses, auf Abgaben an den Staat zurück. So werde zum Jahreswechsel nicht nur die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) um 1,685 Cent je Kilowattstunde erhöht, sondern auch die Sonderkundenumlage (0,178 Cent/kWh). Zudem werde eine Offshore-Umlage eingeführt (0,250 Cent/kWh).

Für Dirk Cremer von der Bürgergemeinschaft (BGN) ist die ständige Erhöhung des Strompreises nicht hinnehmbar. „Das tut irgendetwas irgendwelchen Leuten weh. Leuten, die sich nicht wehren können.“

nen, da sie auf Strom angewiesen sind.“ Diese Menschen möchte Cremer gerne finanziell entlasten. „Ich schlage vor, dass wir Teile des Gewinns der Stadtwerke an die geringverdienender ausschütten.“ Der Lokalpolitiker möchte, dass sein Vorschlag als nächstes im Ausschuss für gesellschaftliche Angelegenheiten diskutiert wird. „Wenn der Staat nicht handelt, dann müssen wir im Kleinen handeln.“

Vorschläge dieser Art sind nicht neu. Erst vor Kurzem forderte Bun-

desumweltminister Peter Altmaier (CDU) in einem Interview einen Stromkosten-Zuschuss für Arme. Und wie Friedrich-Karl Kasten, Fraktionsvorsitzender der Neustädter CDU, anmerkt, habe seine Fraktion in der Vergangenheit ebenfalls über eine Zuschuss-Variante diskutiert. „Es ist eine schöne Idee“, sagt er. „Die Umsetzung ist aber nicht möglich, da es unglaublich schwierig ist, eine Personengruppe, die Hilfe braucht, zu ermitteln.“

Bürgermeisterin Dr. Tordis Batscheider sagte: „Ich sehe es als nicht praktikabel an. Personen die Hartz IV bekommen, würde ein Zuschuss wieder abgezogen werden. Somit bleiben nur Menschen, die keine Sozialtransferleistungen beziehen übrig, also Menschen mit niedrigem Einkommen.“

Keinen Beratungsbedarf sieht Uwe Tytschen (FDP). „Der Vorschlag kommt vielleicht gut an, aber man kann nicht mit Zuschüssen der Stadtwerke bedürftigen Bürgern helfen. Das sind die Jobcenter gefragt, sonst wird es ein Durcheinander geben.“

Wie viele der in etwa 7000 bis 8000 Neustädter Haushalte als arm gelten, ist unklar. Margit Giszas, Fraktionsvorsitzende der SPD, betont, dass man genau überlegen müsse, wie man die Idee umsetzen kann. „Ein Problem wäre ja, dass dann Geld im Haushalt fehlen würde. Schließlich fließt der Gewinn der Stadtwerke in diesen. Zudem stellt sich die Frage: Wie definieren wir arm?“ Insgesamt sei der Vorstoß aber gut. „Wir sollten es versuchen und darüber diskutieren“, betonte Giszas.



☞ Ich sehe es als nicht praktikabel an.“

Dr. Tordis Batscheider, Bürgermeisterin



☞ Wenn der Staat nicht handelt, müssen wir handeln.“

Dirk Cremer, BGN